



## Privatisierungs-Diskussion: Protest auch vor der Messehalle

**Leipziger Politik** geschrieben von Redaktion am 17. März 2006



Der Verkauf der Dresdner Wohnungsgenossenschaft WOBA hat ein heikles Thema wieder zum Tenor der öffentlichen Diskussion gemacht: Werden Städte in Deutschland ihre Schulden los, wenn Sie ihr Eigentum verkaufen? Bringt Privatisierung nicht nur Erlöse, sondern auch mehr Lebensqualität für die Bürger? Fragen, auf die auch der Dresdner Deal kurzfristig keine Antwort gibt.

Denn welche Folgen es für die Stadtpolitik hat, wenn Dresden über 48.000 Wohnungen nicht mehr strategisch verfügen kann, weiß niemand. Verkauft aber ist verkauft. Wenn Städte wie Leipzig dem Beispiel der Dresdner folgen würden, wäre noch lange nicht klar, wohin es die Stadt führt. Selbst dann nicht, wenn die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft bislang kein gewinnbringendes Unternehmen ist. Das muss nicht einmal an der Politik der LWB liegen. Das kann seine Gründe in der schlichten Tatsache haben, dass Leipzig deutlich höhere Quoten an Sozialhilfeempfängern hat, an Menschen, die auf billigen Wohnraum bei einem städtisch beaufsichtigten Anbieter angewiesen sind.

Dass Teile des LWB-Bestandes als Veräußerungsobjekte in Frage kommen, hat auch der designierte OBM, Burkhard Jung (SPD), schon zugestanden. Aber richtig Zoff handelte sich jetzt Leipzigs Stadtkämmerin Bettina Kudla (CDU) ein, als sie in einem Zeitungsinterview neben der LWB auch die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) als möglichen Verkaufsposten benannte. Schlimm findet es Dr. Volker Külow, Vorsitzender der Leipziger Linkspartei.PDS, "dass sie im fröhlich-unbeschwertem Stil von Hitparaden immer neue Namen städtischer Unternehmen als Privatisierungskandidaten hinausposaunt, womit nichts anderes erreicht wird, als den möglichen Kaufpreis in den Keller zu reden.

Jetzt hat die Kämmerin nun auch noch die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) als Opfer für das große Verhöckern entdeckt." Die Warnung ist so weit hergeholt nicht, denn der in Dresden tätig gewordene Investor Fortress ist nur einer von vielen international tätigen Fonds, die derzeit nach kostengünstigen Anlagen suchen. Das Geld ist da. In den letzten Jahren wurde es durch ideale Abschreibungsmodelle nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland, aufgehäuft. Jetzt sind langfristige Anlagen gefragt. Und dazu gehören Wohnungsgesellschaften natürlich genauso wie die Schienennetze von städtischen Verkehrsbetriebe.

Mit der Einschränkung für Leipzig: Noch auf 20 Jahre hinaus gehört das Schienennetz der LVB nicht den LVB, sondern ist - nach einem Finanztrick von Bettina Kudlas Amtsvorgänger Peter Kaminski (CDU) - ins ferne Amerika verleast. Möglicherweise mit finanziellen Folgen, die in der Leipziger Verwaltung derzeit noch niemand abschätzen kann. Städtischen Besitz freilich gleich ganz zu verkaufen, ist dagegen eine klare Sache. Das Geld kommt praktisch sofort herein. Burkhard Jung beziffert die Summe, die man mit Verkäufen erzielen möchte, auf rund 400 Millionen Euro. Im Wesentlichen sollen hier Immobilien der LWB über den Tisch gehen.

Offen ist freilich, ob das nach dem WOBA-Deal in Dresden so noch zu bewerkstelligen ist. Denn 1,5 Milliarden Euro für eine städtische Wohnungsgesellschaft wird so bald keine deutsche Stadt wieder erzielen. Die Manager von Fortress sprachen deutlich von einem "Türöffner"-Preis. Der Dresdner OB, Ingolf Roßberg (FDP), hatte selbst nur mit Geboten von 600 bis 700 Millionen Euro gerechnet. Wohl gemerkt: Für die komplette WOBA!

Und die ist nur unwesentlich kleiner als Leipzigs Wohnungsgigant LWB mit ihren 55.000 Wohnungen. 400 Millionen Euro mit Teilverkäufen zu erzielen, ist zumindest schon mutig gehofft. Gleich auch noch die LVB mit auf den Verhandlungstisch zu werfen, ist dann schon nicht mehr mutig, sondern greift tief in die Besitzrechte der Leipziger. Jahr für Jahr subventionieren sie "ihre Straßenbahn" mit einer zweistelligen Millionensumme. Es ist dasselbe Sandkastenspiel wie bei der geplanten Börsen-Erhebung der Bahn: Ohne Subventionen ist das Netz nicht zu erhalten. Oder der Service wird drastisch beschnitten auf das, was privatwirtschaftlich "rentabel" ist.

Mancher Leipziger weiß noch gar nicht, welche Konsequenzen diese Denkspiele haben könnten. Logisch, dass eine Initiative wie ATTAC das thematisieren will und dazu auch die Leipziger Buchmesse nutzt.

Am Samstag, 18. März wollen ATTAC-Gruppen aus Halle und Leipzig ab 10 Uhr vor dem Haupteingang der Glashalle gegen die zunehmende Tendenz zur Privatisierung öffentlichen Eigentums protestieren. Sie fordern nicht nur einen Stopp der Privatisierungen, sie fordern auch mehr Transparenz. Denn Fakt ist: Kommunal-Vermögen gehört in allererster Linie den Bürgern, nicht der Verwaltung, auch wenn schlechte Verwaltung zum Verlust dieser Vermögenswerte führen kann. Noch steht für bürgernahe Zukunftsstrategien jeder Weg offen. Stichwort: "Bürgerhaushalt", auf Wunsch von Burkhard Jung noch in Anführungszeichen geschrieben. Aber wenn die Dinge meistbietend verscherbelt sind, gibt es diese Aus-Wege nicht mehr. Dann diktieren andere - die Preise und die Modalitäten.

**Ein redaktioneller Beitrag der Leipziger Internet-Zeitung** <http://www.lizzy-online.de/>

**Diesen Beitrag finden Sie im Internet unter:**

<http://www.lizzy-online.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=3779>